Abend-Ausgabe

75. Jahrgang. Nr. 71 — Mittwoch, 11. Februar 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 36 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 500 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Nach dem Auszug der Opposition

Nationalsozialistisches Volksbegehren in Vorbereitung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Febr. Das Ausschalten der Rechtsopposition aus dem Reichstag beschäftigt nach wie vor sämtliche politische Instanzen. In der Mitte gibt man sich besonders der Hoffnung hin, daß die Deutschnationalen schon morgen ins Haus zurückkehren werden. Davon kann unseren Informationen nach jedoch gar keine Rede sein. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist einmütig entschlossen, auch weiterhin den Reichstagssitzungen fernzubleiben. Auch in der nächsten Woche dürfte sie kaum erscheinen. Lediglich an dem Untersuchungsausschuß wegen der Roggenstützung werden die Deutschnationalen weiter mitwirken.

Verschiedene bürgerliche Parteien machen nunmehr den Versuch, die Deutschnationalen dadurch wieder ins Plenum zurückzubringen, daß sie die Einbringung verschiedener im Sinne der Deutschnationalen liegenden Anträge beabsichtigen.

So wird jetzt eine Kundgebung des Reichstages zur Zurückweisung der Kriegsschuldlüge vorbereitet. Die Deutschnationalen werden aber auch hinsichtlich dieser Anträge konsequent bleiben und jede Mitarbeit im Parlament ablehnen. Auch an den Ausschüssen werden sie sich vorerst nicht beteiligen, und weitere Entschlüsse dürften nicht vor Ende der nächsten Woche fallen. Auch werden voraussichtlich die Deutschnationalen sämtliche eigenen Anträge, die sie vor dem Ausscheiden aus dem Parlament gefaßt haben, zurückziehen.

Die Nationalsozialisten bereiten, wie wir weiter hören, inzwischen ein Volksbegehren zur Auflösung des Reichstags vor.

Auch der Aeltestenrat des Reichstages hat sich inzwischen mit der durch den Auszug der Rechtsopposition geschaffenen Lage befaßt, und beschlossen, am Donnerstag die Neuwahl eines Vizepräsidenten und zweier Schriftführer vorzunehmen, da diese Posten durch die Amtsniederlegung der Nationalsozialisten freigeworden sind. Die in den Ausschüssen freigewordenen Aemter sollen von den bereits vorhandenen Stellvertretern übernommen werden. Die Einberufung der Ausschüsse, die bisher nationalsozialistische Vorsitzende hatten, erfolgt in Zukunft durch den stellvertretenden Vorsitzenden.

Das Rumpfparlament wird heute die außenpolitische Aussprache abschließen und auch die dazugehörigen Abstimmungen vornehmen. Am morgigen Donnerstag wird dann die Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums beginnen. In der nächsten Woche sollen drei sitzungsfreie Tage, nämlich Montag bis Mittwoch, eingelegt werden. Es sind dies die sogenannten Faschingsferien, auf die die Zentrumsabgeordneten in jedem Jahre großen Wert legen. Auch der 27. und 28. Februar sollen sitzungsfrei bleiben.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat jetzt einen neuen Mißtrauensantrag gegen Außenminister Dr. Curtius eingebracht. Entsprechend der neuen Formel lautet der Antrag: „Der Reichstag entzieht dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius das Vertrauen."

Ein „geschichtlich-politisches Ereignis"

München, 11. Februar. Der „Völkische Beobachter" bezeichnet heute in einem Artikel des Hauptschriftleiters, des Reichstagsabgeordneten Rosenberg, den Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag als ein geschichtlich-politisches Ereignis. Eine riesige nationalsozialistische Versammlungswelle werde jetzt im deutschen Volke aufstehen. Im übrigen verstehe es sich von selbst, daß der Auszug der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion keine vorübergehende Sonderaktion darstelle, sondern den Anfang eines neuen Abschnittes in der Geschichte der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung bedeute. Nun beginne ein neuer Kampf.

Breslauer Polizei gegen Nationalsozialisten

Breslau, 11. Februar. Auf dem Hauptbahnhof trafen heute mittag die schlesischen Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialisten ein. Einige tausend Parteianhänger hatten sich vor dem Hauptbahnhof zum Empfang eingefunden. Da es zu Verstößen gegen das Breslauer Demonstrationsverbot kam, ging die Polizei mehrmals mit dem Gummiknüppel vor. Als die Abgeordneten den Hauptbahnhof verlassen hatten, zogen die Demonstranten geschlossen unter Absingen von Liedern durch die innere Stadt.

Die Wirkung im Spiegel der Presse

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Februar. Die Resonanz der gestrigen Vorgänge im Reichstage spiegelt sich heute in der reichshauptstädtischen Presse in den verschiedensten Formen wider. Die **„Berliner Börsenzeitung"** weist darauf hin, daß sie die Erregung der Rechtsopposition verstehe und würdige, es müsse aber gefragt werden, ob der Auszug opportun und im Interesse der Wählerschaft und Nation liege, zumal am Dienstag der Reichsaußenminister von der Tribüne des Reichstages eine wichtige außenpolitische Rede gehalten habe. Es sei die hohe Mission jeder nationalen Opposition, im Parlament dem Willen ihrer Wähler Ausdruck zu geben. Die **„Deutsche Tageszeitung"** stellt fest, daß der Ausmarsch des größten Teiles der Opposition keine Stärkung des Kabinetts Brüning bedeute. Es wäre für Brüning nach der ganzen Entwicklungsgeschichte seiner Kanzlerschaft schlechthin der Anfang vom Ende, wenn er sich in der nächsten Zeit irgendwie von einem Parlament beherrschen und dirigieren lassen wollte, in dem, solange Nationalsozialisten und Deutschnationale fehlten, der sozialistische und damit im besonderen agrarfeindliche Einschlag noch stärker zur Geltung kommen könne als bisher. — Die Rede des Außenministers sei nicht dazu angetan gewesen, irgendwie fortzureißen. Es sei ein unglückseliger Gedanke gewesen, in aller Breite über die Genfer Tagung zu referieren, anstatt ein paar leitende Gesichtspunkte herauszugreifen, sie ganz großzügig mit einer Beurteilung der deutschen Gesamtlage zu verknüpfen und in diesem Zusammenhang diejenigen programmatischen Forderungen zu stellen, die unsere Lage erfordere.

„Wohin, Herr Hitler?" fragt die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"**, die an der Spitze ihrer Ausführungen bemerkt, daß der gestrige Vorgang im Reichstag nicht auf die leichte Achsel genommen werden dürfe. Der Reichstag sei von dieser Demonstration völlig unvorbereitet getroffen worden. Das Blatt registriert ferner Gerüchte über ein Rumpfparlament der Rechtsopposition, das die Absicht habe, sich in Weimar zu etablieren, und erklärt, daß es eine so weite und unselige Verschärfung des Parteigegensatzes noch nicht für wahr halten wolle. „Wir weigern uns", so heißt es weiter, „nach wie vor, die Unheilbarkeit der Parteigegensätze zu unterstellen. Wir lehnen es heute mehr denn je ab, die offene Gewalt gegen Volksgenossen als Mittel zur Gesundung des Staates gelten zu lassen. Wir vertrauen auch in dieser Stunde auf den guten Geist des deutschen Volkes, der ihm die weitere Selbstzerfleischung ersparen wird." Das Blatt fragt weiter, welches das Ziel der Aktion der Nationalsozialisten sei, und ob sie dieses Ziel erreichen würden, und kommt dann zu der Feststellung, die Nationalsozialisten unterschätzten die Macht der staatlichen Gegebenheiten und überschätzten den Eindruck, den sie auf die Massen des Volkes hervorrufen würden. „Bei allem", so heißt es zum Schluß, „erkennen wir inmitten aller tragischen Irrtümer das Wollen an, das die Vertreter einer jungen und täglich vorwärts gepeitschten Kampfbewegung erfüllt."

Typisch für die Mittel- und Linkspresse ist es, daß sie gleich dem Vogel Strauß den Kopf in den Sand zu stecken versucht.

Sie geht mit mehr oder minder hämischen Bemerkungen über die gestrigen, in ihrer Art doch beispiellosen Vorgänge hinweg und beschäftigt sich demonstrativ mit den Ausführungen des Außenministers, die sie über den grünen Klee lobt. Unverkennbar ist aber, daß infolge der gestrigen Vorgänge die Außenministerrede völlig verpufft ist. Ueber allen diesen Blättern liegt, ausgesprochen oder unausgesprochen, jene Lähmung, die die Sezession der Rechtsopposition zur Folge gehabt hat. Alles ist unsicher und fragwürdig geworden, und alles bewegt sich gleichsam nur tastend in dem Hohlraum, der seit gestern entstanden ist, und von dem niemand weiß, wie er überwunden werden kann.

Inzwischen verhandeln, wie wir hören, diejenigen Landvolkvertreter, die sich an der Sezession beteiligt haben, mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen, sie beabsichtigen, aus der Landvolkpartei auszuscheiden, um sich einer der beiden Rechtsgruppen anzuschließen.

Preußen und der Kirchenvertrag

Berlin, 11. Febr. Der preußische Kultusminister Dr. Grimme hat, wie der „Berliner Börsenkurier" erfährt, die Vertreter der evangelischen Kirchenbehörden für heute Mittwoch nach Berlin eingeladen, um ihnen den neuen Entwurf des Vertrages mit der evangelischen Kirche zur Kenntnisnahme vorzulegen. Das Staatsministerium habe sich in der vorigen Woche noch einmal mit diesem Vertrag befaßt.

Die Neuwahl des österreichischen Bundespräsidenten. Durch eine Bekanntmachung der Bundesregierung wird die Wahl des Bundespräsidenten für den 18. Oktober 1931 ausgeschrieben.

Der Quartalsbericht der Saarregierung

Genf, 11. Febr. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht heute den Vierteljahresbericht der Saarregierung, der über die wirtschaftliche, politische und soziale Lage des Saargebietes in den drei letzten Monaten des vergangenen Jahres Rechenschaft gibt. Das wichtigste politische Ereignis in der genannten Periode war der Abzug des sogenannten Saarbahnschutzes; am 12. Dezember haben die letzten Truppen das Saargebiet verlassen. Wirtschaftlich hat sich die Lage des Saargebietes weiter verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 7458 am 1. Oktober auf 12 900 am 10. Dezember gestiegen. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist die dreifache Zahl von Arbeitslosen festzustellen.

Der Bericht geht auch auf die Verhandlungen zwischen der Saaregierung und der Reichsregierung über die Frage der sogenannten Saargänger ein. Es wird erwähnt, daß bei einer Besprechung in Wiesbaden im November v. J. die Saarregierung gegen das System der Saargänger-Unterstützungen Einspruch erhoben, die deutsche Delegation aber nicht in eine Abschaffung der Saargänger-Unterstützungen eingewilligt habe. Unter diesen Umständen habe die Regierung jetzt unter Aufrechterhaltung ihrer Rechte über die Regelung und Kontrolle des Arbeitsmarktes im Saargebiet sich darauf beschränken müssen, die Delegation zu bitten, der Reichsregierung geeignete Vorschläge zu unterbreiten, um die Mißstände bei den Unterstützungen abzustellen.

Seldte spricht in Stuttgart

Stuttgart, 11. Febr. Am Dienstagabend sprach im dichtbesetzten Festsaal der Liederhalle der 1. Bundesführer des Stahlhelms, Seldte. Die Front im Norden gegen die bestehenden preußischen Verhältnisse sei schon sehr breit gelagert. Er hoffe, daß das Zentrum außer seinem Glauben auch bald einmal sein deutsches Herz entdecke. Das Programm des Stahlhelms sei mit vier Punkten knapp umrissen: Das Volksbegehren, die Landtagswahlen in Preußen, die Reichstagswahl und die Wahl des Reichspräsidenten seien die nächsten Ziele. Das Volksbegehren in Preußen werde deshalb in die Wege geleitet, um endlich einmal den verrosteten, verdorrten Preußischen Landtag aufzulösen. Ein Ziel werde der Stahlhelm niemals aufgeben, und das sei der Gedanke an die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes und der glühende Wille zum Durchhalten. Ihm, dem Redner, und seinen Kameraden hätten zwölf Jahre Anschauungsunterricht genügt, um klar zu erkennen, daß das seitherige System bankrott sei. Nach einer Auseinandersetzung mit dem Geiste des Marxismus, dessen Lehre er als Irrsinn bezeichnete, betonte Franz Seldte zum Schluß, daß ein blühendes Deutschland sich nur auf seinen alten Tugenden, dem Fleiße, der Sparsamkeit und der Brüderlichkeit, aufbauen könne.

Die Ministerrede als Entlassungsgrund

Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Das Arbeitsgericht hatte sich heute vormittag wohl mit dem bisher noch nie dagewesenen Fall zu beschäftigen, daß eine Ministerrede als Entlassungsgrund angeführt wurde und daraus Schadenersatzansprüche gegen den betreffenden Minister geltend gemacht wurden. Die Klage richtet sich gegen den Reichsminister Treviranus, und der Prozeß war von einem früher in Polen beschäftigten Obermonteur namens Schmidt anhängig gemacht worden. Schmidt, der vor drei Jahren nach Polen ausgewandert war, hatte bei einer polnischen Firma Arbeit gefunden und behauptet in seiner Klage, daß er diese Stellung infolge der Reden des Reichsministers Treviranus über die deutsch-polnische Frage verloren habe. Er verlangt als Schadenersatz 1000 RM. In der Verhandlung vertrat der Kläger Schmidt seine Sache selbst, während für den Reichsminister Treviranus Ministerialamtmann Weiß erschienen war. Es kam indes nicht zu einer Verhandlung, da das Arbeitsgericht sich für nicht zuständig erklärte und die Angelegenheit auf Antrag des Klägers an das Landgericht I verwies. Der Vorsitzende machte den Kläger auf die Aussichtslosigkeit seines Vorgehens aufmerksam, da Schadenersatz nur auf Grund der Schädigung durch eine unerlaubte Handlung gefordert werden könne. Eine im deutschen Interesse gehaltene Ministerrede könne jedoch nicht gut als unerlaubte Handlung betrachtet werden.

Betrügereien bei der Bank der Vereinigten Staaten

Neuyork, 11. Februar. Der zur Untersuchung der Betrügereien bei der vor einigen Monaten geschlossenen Bank der Vereinigten Staaten eingesetzte Ausschuß hat gegen acht leitende Persönlichkeiten der Bank schwere Beschuldigungen erhoben. Es handelt sich um insgesamt 80 Betrugsfälle. Die Beschuldigten sind der Präsident der Bank, Bernard Marcus, der Rechtsanwalt und Direktor der Bank, Isidor Kresel, sowie die Direktoren Saul Singer, Henry Pollack, Simon Kugel, Stanley Mitchell, Alexander White und Herbert Singer. Die Beschuldigungen hängen zusammen mit einer großen Transaktion über nicht weniger als 3 Millionen Dollar (etwa 34 Millionen Mark).